

Wie ist qualitatives Wachstum möglich?

6. Gespräch:

Rolle, Perspektiven und Aufgaben von Europa im globalen Kontext:
Neue Schlüsseltechnologien, politische und soziale Rahmenbedingungen,
Unternehmensstrukturen, Probleme der Integration von Ost- und Südosteuropa.

Europa und die Weltgesellschaft

Prof. Dr. Niklas Luhmann

Im Zusammenhang mit den Aussichten auf sich selbst erhaltendes Wachstum verdient die europäische Einigung besondere Beachtung. Sie ist zunächst vor allem marktwirtschaftlich gefordert und begründet worden in der Hoffnung, daß ein größerer Binnenmarkt eine Freisetzung von wirtschaftlichen Kapazitäten in Produktion und Konsum, also Wachstum ermöglichen würde. Das mag durchaus sein. Da aber Wirtschaft nur ein Teilsystem sozialer Kommunikation ist, zog diese eher praktische Absicht sehr bald Konsequenzen für andere Funktionsbereiche der Gesellschaft nach sich: für Politik, für Recht, für Erziehung bis hin zu den Details individueller Lebensführung. Sehr vage konnte man sich auf eine Idee Europa berufen, um solche Differenzierungen aufzufangen. Das mußte aber zu der Frage führen, ob und wie dies Europa trotz globaler Verflechtungen sich von anderen Regionen unterscheiden und abgrenzen lasse von dem, was man heute „global system“ oder sogar „Weltgesellschaft“ nennt. Das wiederum führt auf die Frage, welche Bedeutung angesichts weltweiter Verflechtungen in allen Funktionsbereichen regionale Differenzierungen überhaupt gewinnen können, und diese Frage soll mit dem Thema „Europa und die Weltgesellschaft“ gemeint sein.

Bevor ich mich diesem Thema zuwende, scheinen zwei Vorbemerkungen angebracht

zu sein. Die erste betrifft die Bedeutung von Eigennamen in der Rhetorik und Politik der europäischen Einigung. Man spricht nicht nur von Europa. Auch die europäischen Nationen werden mit Eigennamen in die Kommunikation eingeführt. Es handelt sich danach um Frankreich oder Portugal, um Slovenen, Tschechen, Dänen, Norweger usw. Die Nennung der Namen hat bedeutende kommunikationspraktische Vorteile. Sie verhindert, daß man nachfragt, wovon überhaupt die Rede ist, wenn von Franzosen, Schotten, Bayern usw. gesprochen wird. Für den Anshub einer wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas scheint ein solches „name dropping“ unentbehrlich gewesen zu sein, ebenso wie zum Beispiel das Landkartenbewußtsein des Normalmenschen (man kann mit dem Finger auf die Landkarte zeigen, wenn die Frage aufkommt, was gemeint ist). Die Nachteile sind gleichwohl beträchtlich. Die Nennung der Namen blockiert eine wissenschaftliche Analytik, denn Namen haben in einer Theorie nichts zu suchen. Und sie verschiebt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die regionale Differenzierung und die Frage des Grades einer

Zentralisierung, ohne daß geprüft wäre, ob dies überhaupt eine sinnvolle oder gar vorrangige Problemstellung ist. Daß man im Namen von Namen derzeit auf dem Balkan zu Waffen greift oder über den Namen Mazedonien mit erheblichen Auswirkungen streitet, kann ebenfalls nicht ganz vernachlässigt werden. Wir müssen also versuchen, uns von derartigen Vereinfachungen frei zu machen, ohne so weit zu gehen, den kommunikationspraktischen Nutzen des Gebrauchs von Namen zu bezweifeln und den Politikern oder den Massenmedien einen namenlosen Sprachgebrauch anzuraten.

Die zweite kritische Vorbemerkung betrifft den besonderen „Geist“ Europas. Die von Europa ausgehende Revolutionierung struktureller und kultureller Eigenarten traditionaler Gesellschaften hat die moderne Welt geprägt. Man denke an den ausgeprägten, in der Idee von Menschenrechten kulminierenden Individualismus, an die Vorstellungen über Rationalität und selbstkritische Vernunft, an den historische und regionale Vergleiche ermöglichenden Begriff der Kultur und anderes mehr. Vernunft – ein anderer Ausdruck für Ahnungslosigkeit in bezug auf Widersprüche zwischen Zwecken und Mitteln – gilt manchen Europäern (von Husserl bis Habermas) geradezu als entscheidendes Merkmal der Moderne. Auch „Wachstum“ mag ein solches Zentralphantom sein. Ideengeschichtlich korreliert diese Semantik der Moderne mit sozialstrukturellen Errungenschaften wie zum Beispiel religiös unbehinderter wissenschaftlicher Forschung, regional durchsetzungsfähigen Nationalstaaten, Geldwirtschaft, schulisch organisierter Erziehung der gesamten Bevölkerung und anderen mehr. Zunehmend kommt es zu einer „fundamentalistischen“ Opposition gegen dieses Syndrom der Moderne, zur Erfahrung von Rationalitätsschäden, zur Skepsis gegenüber den Möglichkeiten, auf dieser Grundlage die Zukunft zu gestalten. In dieser Diskussion tritt der Bezug auf die europäische Herkunft (wie auf jede Herkunft) zurück. Die Opposition richtet sich gegen Globalisierungen. Das heißt aber auch, daß es schwer fallen dürfte, diese moderne Welt europäischen Ursprungs als Eigentümlichkeit des heutigen Europas wieder zu regionalisieren. Der Erfolg Europas, wenn es denn einer war, zerstört zugleich die europäische Identität.

Wenn Europa dennoch als regionale Einheit, in der sogar Bananen wachsen, identifiziert und auf Wachstumskurs gesetzt werden soll, wird deshalb das Verhältnis dieser Region zur Weltgesellschaft das zentrale Problem. Das aber zwingt uns, etwas genauer zu überlegen, was mit Weltgesellschaft gemeint ist und wie sie in regionale Besonderheiten, sie abschwächend oder auch verstärkend, eingreift.

II.

Wenn es um weltweite Probleme geht, wird in der politischen Wissenschaft, aber auch in der Politik und in den Massenmedien, immer noch von „internationalen Beziehungen“ gesprochen. Daß dies schlicht Unsinn ist, kann eine einfache Überlegung zeigen. Nehmen wir an, es gebe hundert staatlich organisierte nationale Einheiten. Wenn jede zu jeder anderen eine „Beziehung

“ unterhält, kommt man schon in ziemlich große Zahlen. Wenn man überdies durchaus realistischerweise in Rechnung stellt, daß jede Beziehung von jeder anderen beeinflusst werden kann (das heißt konkret beeinflusst oder nicht beeinflusst wird und beide Möglichkeiten berücksichtigt werden müssen), kommt man in supraastronomische Zahlen, die kein Computer mehr bearbeiten kann. Die klassische Antwort darauf heißt: Souveränität. Auf Komplexität kann nach Gutdünken reagiert werden. Aber das ist weder eine realistische Antwort, denn es gibt in der Realität keine Beliebigkeit, noch wird eine solche Antwort im Blick auf die Ordnungsbedürfnisse der modernen Welt befriedigen. Sie erklärt bestenfalls die „neue internationale Unordnung“, das Chaos nichtlinearer Funktionen, vorhersehbarer Unvorhersehbarkeit, dissipativer Strukturen oder, in modischer Terminologie „system dynamics“.

Die Soziologie kann ein differenziertes, aber kontroverses Angebot vorlegen. Der Streit geht um die Frage, wie der Gesellschaftsbegriff verwendet werden soll: auf der Ebene der regionalen, staatlich abgegrenzten nationalen Gesellschaften oder auf der Ebene des globalen Systems, also als Weltgesellschaft. Der Streit ist gegenwärtig unentscheidbar, weil es keine allgemein akzeptierte Gesellschaftstheorie gibt.¹ Durchgängig wird immer noch von brasilianischer Gesellschaft, spanischer Gesellschaft, russischer Gesellschaft (mit oder ohne Tschetschenien?) gesprochen. Offenbar dient der Begriff der Gesellschaft dann als Substitut für den Begriff des Staates, dem man in der Soziologie nicht viel zutraut. Aber es fehlt für diese regionale Variante jede theoretische Begründung. Sie steht im Widerspruch zur Mobilität der Individuen und der Finanzen und kann nicht einmal auf Ähnlichkeiten der Kultur und der Lebensbedingungen in den einzelnen Regionen zurückgreifen, denn das würde schon auf Manhattan nicht mehr zutreffen. Auch wäre mangels Kriterien schwer zu entscheiden, ob nun „Europa“ eine Gesellschaft ist – mit Schweden, aber ohne Norwegen? Somit spricht eigentlich alles für die Annahme einer Weltgesellschaft. Aber dann hätte die Gesellschaftstheorie zu begründen, wo die „Grenzen“ dieses Gesellschaftssystems liegen im Verhältnis zu nichtgesellschaftlichen Zuständen und Ereignissen und wie zu erklären ist, daß die Evolution dieses Weltsystems offenbar nicht konvergent verläuft, sondern regionale Unterschiede möglicherweise noch verstärkt.

Wir können diese Kontroverse hier beiseite lassen, denn auch die Anhänger des Konzepts pluraler regionaler Gesellschaften bestreiten nicht, daß es starke „globalisierende“ Tendenzen gibt. Ob man nun von den Regionen ausgeht oder vom globalen System: die entscheidende Frage ist, wie sich weltweite Tendenzen auf die Regionen auswirken. Ohne Antwort auf diese Frage kann es keine Antwort auf die weitere Frage geben, wie es um die Möglichkeit eines sich selbst erhaltenden Wachstums steht; und weiter: ob Wachstum in einzelnen Regionen nur auf Kosten anderer Regionen möglich ist, wie die Theorie der „marginalidad“ im Hinblick auf Südamerika behauptet hatte, oder ob so viel Überschüsse erwirtschaftet werden können, daß die benachteiligten Regionen aus Zentralfonds entschädigt werden können.

III.

Gleichviel, ob man von verschiedenen Globalisierungstendenzen oder von der Differenzierung einer einheitlichen Weltgesellschaft ausgeht: Wachstumshoffnungen oder -prognosen bleiben an Differenzen gebunden, die in der gegenwärtigen Situation sichtbar sind. Im 18. und 19. Jahrhundert hatte die Theorie der Gesellschaft, damals eine ökonomische Theorie, von Arbeitsteilung gesprochen und sich von Arbeitsteilung, also von Differenzierung und Spezialisierung von Teilprozessen, Wachstum versprochen – vorausgesetzt nur, daß ausreichende Größenordnungen (sei es demographisch, sei es als Absatzmarkt) garantiert seien. Mit zunehmender Mathematisierung hatten die Wirtschaftswissenschaften gegen Ende des 19. Jahrhunderts ihr Interesse an dieser Idee, ohne sie aufzugeben, verloren. An ihrer Stelle sprang die Soziologie ein, vor allem mit Georg Simmels und Emile Durkheims bahnbrechenden Monographien.² Diese Verschiebung von einer Disziplin zur anderen hatte erkennbare Folgen. Es ging jetzt nicht mehr nur um wirtschaftliche Differenzierung (Berufsdifferenzierung, Produktionsorganisation), sondern um Differenzierungen in allen Funktionsbereichen der Gesellschaft. Und außerdem wurden vermehrt (aber auch Adam Smith hatte das schon gesehen) Folgeprobleme und Dysfunktionen gegengerechnet. So mußte Durkheim letztlich offen lassen, ob entsprechende Formen „organischer“ Solidarität entstehen würden; er konnte sie nur moralisch einklagen. Aber es blieb unbestritten, daß Wachstum und damit Rationalität in diese Richtung weisen.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts trat jedoch diese Gleichung Wachstum = Rationalität mehr und mehr zurück, wenn nicht in der liberalen Publizistik dann doch in der Soziologie, die sich zunehmend „kritisch“ (wenn auch nicht selbstkritisch) engagierte. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und nach der Auflösung der Kolonialreiche findet man zunächst eine umfangreiche Modernisierungsforschung auf Grund soziologischer, politologischer und ethnologischer Disziplintraditionen. Auf den Bahnen, die sich aus der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft ergaben, strebt man in ganz verschiedene Richtungen nach Modernisierung. Das politische System sollte demokratisiert werden, die Wirtschaft sollte sich am Markt orientieren und sich um rentablen Kapitaleinsatz bemühen. Die Wissenschaft sollte von allen religiösen und ideologischen Einschränkungen freigestellt werden, um theoretisch und methodologisch eigenen Erfolgskriterien folgen zu können. Weitere Desiderate waren: Freie Meinungsäußerung, gestützt durch unzensurierte Massenmedien; Schulbildung (mindestens Alphabetisierung) für alle unter Ausschöpfung der Begabungsreserven; garantierte medizinische Versorgung der Gesamtbevölkerung nach Maßgabe des technischen und pharmazeutischen Entwicklungsstandes; und nicht zuletzt: Unabhängigkeit der Rechtspflege von politischen und sozialen Pressionen unter Einschluß der rechtsstaatlichen, an Verfassungen orientierten Kontrolle der politischen Macht.

Vor diesem Hintergrund europäischer Traditionen erschienen diese Postulate zunächst als Selbstverständlichkeiten, die keiner weiteren Begründung

bedurften. Das schloß die Erwartung ein, daß diese Modernisierungspfade einander wechselseitig stützen und stärken würden. Es konnte offen bleiben, welche Wege auf Grund lokaler Traditionen zweckmäßig sein würden, und es blieb umstritten, ob das Resultat auf Konvergenz hinauslaufen würde oder ob den Russen, den Chinesen, den Japanern usw. Sonderformen der Modernität zu konzедieren seien. Insgesamt erlaubte aber auch dieses Modell, wie einst das der Arbeitsteilung, keinen Zweifel daran, daß die Realisierung des Projekts Moderne zu besseren Lebensbedingungen auf dem Erdball führen würde.

Am Ende des 20. Jahrhunderts sind Zweifel daran unübersehbar. Die erste Welle einer neomarxistischen, antikapitalistischen Kritik haben wir hinter uns. Sie hat zu nichts geführt und nur ihre eigenen Anhänger enttäuscht. Ernstere Zweifel kündigen sich jedoch an und bedürfen nur einer zusammenfassenden theoretischen Begründung. Die Frage ist eine doppelte: Diskutiert wird vor allem, ob die moderne Gesellschaft die durch sie ausgelösten Umweltprobleme verkraften kann. Dazu zählen nicht nur die ökologischen Probleme im engeren Sinne, sondern auch die demographischen Probleme mit ihren Folgen wie Wanderungsbewegungen, Verstädterung, Ghettobildung. Immer größere Teile der Weltbevölkerung nehmen an den Funktionssystemen der Gesellschaft gar nicht mehr teil – haben weder Ausweise noch Einkommen noch minimale Schulbildung, genießen keinen Rechtsschutz und keine Sozialhilfe, obwohl die dominante Ideologie unter Schlagworten wie Freiheit und Gleichheit den Einschluß aller in alle Funktionssysteme voraussetzt. Hinzu kommt aber, noch kaum bemerkt, die Frage, wie die Gesellschaft den ausgeprägten Individualismus persönlicher Aspirationen und ihrer Enttäuschungen auffangen kann. Gerade in den Modernitätszentren der Weltgesellschaft ist dieses Problem, oft wohlwollend „Selbstverwirklichungsdefizit“ genannt, sichtbar. Zunehmende Gewaltneigung, Fundamentalismus, Orientierungsprobleme der Jugend und vor allem Mangel an Arbeit sind Indikatoren, die Beachtung verdienen.

All dies zusammengenommen führt jedoch nur eine einzige Systemgrenze vor Augen: die des Gesellschaftssystems zu seiner physikalisch-chemischen, biologischen und menschlichen (körperlichen und psychischen) Umwelt. Die Probleme dieser Grenze sind beunruhigend genug – jedenfalls wenn man an der Vorstellung rationaler Problemlösungen, linear geplanten Durchgriffskausalität und Korrektur anhand von Folgen (Steuerung) festhält und die Zukunft nicht einfach der Evolution überläßt. Ein weiteres Problemfeld tut sich auf, wenn man auch die Beziehungen zwischen den Funktionssystemen bzw. die wechselseitige Rückwirkung der einzelnen Globalisierungstrends zu berücksichtigen versucht. Es mag die naiv vorausgesetzten wechselseitigen Unterstützungen geben, aber man sieht auch, daß die Systeme einander Folgeprobleme zuschieben, ohne daß eine Garantie dafür bestünde, daß das jeweils zuständige System die neu auftauchenden Probleme bewältigen kann. Welche Folgeprobleme haben wissenschaftliche Forschungen für die Politik? Man muß nicht nur an Sachgebiete wie Atomphysik oder Biogenetik denken, sondern auch daran, daß die Wissenschaft, gerade wo sie erfolgreich ist, auf Fragen nach den Folgen von Änderungen (etwa Folgen

von Emissionsregulierungen) zunehmend mit Unsicherheit oder mit blankem Nichtwissen antworten muß; oder anderenfalls ihren eigenen Ruf mit politisch beeinflussten Expertisen ruiniert. Man sieht schon, daß die wichtigste Erfindung der Ökonomie, die Handelbarkeit aller Investitionen und Kreditinstrumente, zu einem Zentralismus ihres Finanzsystems geführt hat, der es sinnlos macht, im politischen System noch zwischen liberalen und sozialistischen Politiken zu unterscheiden. Aber wenn nicht das: welche Alternative soll dem Wähler zur Wahl vorgelegt werden? Die von Industrie und Arbeit in der Mitte und rechtem und linkem Randradikalismus ohne Aussicht auf Regierungsbildung? Man kann beobachten, wie stark Versuche des Bundesverfassungsgerichtes, den Wohlfahrtsstaat juristisch wiedereinzufangen, das klassische juristische Repertoire (Beispiel: Grundrechte als subjektiv einklagbare Rechte und nicht als „Werte“) ruinieren und damit als Rechtsprechung unberechenbar werden. Wie sieht eine Politik aus, die sich ständig im Spiegel der Massenmedien beobachtet und folglich Personen, Aktionismus, Konflikt und Moral als Politik darstellt? Welche Folgen hat es, daß alle Organisationen Geld kosten, auch wenn sie gar nicht im Bereich der Wirtschaft tätig sind, sondern als Kultureinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, Forschungsinstitute, Organisationen der Sozialarbeit oder politische Parteien in Funktion treten?

Wie man sieht, ließen sich die Beispiele leicht vermehren. Sie werden oft als Beleg für „Entdifferenzierung“ angeführt. Aber damit wäre man das Problem ja los. Das Problem ist aber gerade, daß das Wachstum oder auch nur die Erhaltung des Status quo auf funktionaler Differenzierung, Autonomie und Eigendynamik der Funktionssysteme beruht und die genannten Interferenzen sich zum zentralen (und gleichwohl hochdifferenziert anfallenden) Strukturproblem der modernen Gesellschaft auswachsen können.

IV.

Realistischerweise führen diese Überlegungen zu dem Schluß, daß man für die absehbare Zukunft mit einem unkontrollierbaren evolutionären Strukturwandel rechnen muß. Aber wenn dies so ist: was bedeutet das für Europa? Und was bedeutet es für die Aussichten auf Wachstum?

Man wird davon ausgehen müssen, daß ausdifferenzierte Funktionssysteme eigendynamisch operieren, Strukturen entwickeln und kondensieren, komplexer werden und damit wachsen. Ob dies willkommen ist und aus welcher Perspektive, ist jedoch eine ganz andere Frage. Das Wachstum der wissenschaftlichen Forschung ist offensichtlich, zugleich wächst aber auch die Unsicherheit über den Wert wissenschaftlicher Beratung; sie erzeugt in den meisten Fällen nur feiner aufgegliederte Unwissenheit und Argumente für Kontroversen. Auch die Vorstellung, technologische Entwicklung sei „angewandte Wissenschaft“, ist vielen Zweifeln ausgesetzt. Beim Wachstum des Erziehungssystems – immer mehr Personen mit immer besserer Ausbildung – fragt man nach Verwendungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Jedenfalls sind die meisten Menschen nicht mit der Auskunft zufrieden, sie sollten halt

ihre Bildung genießen. Das Rechtssystem wächst in viele Bereiche hinein, die früher rechtsfrei durch soziale Gewohnheiten und Selbstorganisationsprozesse geordnet waren. Folglich fordert man „Deregulierung“, ohne daß die Gerichte wüßten, wie sie diese Forderung in ihre eigene Praxis umsetzen könnten. Die Wirtschaft wächst, wenn man von so fragwürdigen Indikatoren wie Bruttosozialprodukt oder Geldmenge oder Volatilität der Kapitalanlagen ausgeht. Aber wir haben das Problem, wie man anlagebereites Kapital zur Investition veranlassen kann. Vom Standpunkt der Kapitaleigner aus ist Spekulation bzw. laufendes Umschichten der Anlagen zumeist weniger riskant als Investition. Wer sein Eigentum behalten will, verliert sein Vermögen, wer sein Vermögen erhalten will, muß im Halten oder Abstoßen von Eigentum mobil bleiben. Die Politik schließlich greift geradezu zwanghaft zu immer neuen Themen. Durch Skandale allein ist sie nicht ausreichend beschäftigt. Aber ein erheblicher Teil dieses Zuwachses besteht in „symbolischer Politik“ oder in Absichtserklärungen, denen gegenüber die Indifferenz des Publikums ebenfalls „wächst“.

Dies alles sind weltweit beobachtbare Gegebenheiten. Europa nimmt in besonders ausgeprägter Weise an ihnen teil. Andere Regionen mögen andere Sorgen haben. Für Europa dagegen stellt sich vordringlich die Frage, ob „Wachstum“ ohne weitere Spezifikation und ohne Perspektive für Folgelasten überhaupt ein sinnvolles Konzept ist. Selbst wenn man auf rein wirtschaftliches Wachstum einschränkt, und stillschweigend geschieht das zumeist, findet man in der ökonomischen Theorie wenig Hilfe. Die herrschende Neoklassik arbeitet mit Gleichgewichtstheorien und Optimierungsvorstellungen und kann mit diesem Konzept nur reaktives Verhalten darstellen (was durchaus realistisch ist). Die dagegen auftretende heterodoxe Theorie ökonomischer Evolution³ arbeitet mit Konzepten wie Chaos-Theorie, systems dynamics, nicht-linearen Funktionen, und das läuft, wenn man die entsprechende Mathematik, aber auch die neo-darwinistischen Evolutionstheorien biologischer Provenienz konsultiert, auf Prognose von Unprognostizierbarkeiten hinaus. Ähnlich wie die Planungstheorien scheinen auch die Wachstumstheorien sich damit zu beschäftigen, die Memoiren des Systems zu schreiben.

Kann Europa in seiner eigenen Tradition reflektierter Geistigkeit (ich würde nicht sagen: Vernunft) gegenüber solchen Entwicklungen einen eigenen Standort finden? Kann man so gut wie alle Traditionen (inklusive die der ontologischen Metaphysik und die einer mit moralischen Ansprüchen auftretenden Ethik) „dekonstruieren“ – und trotzdem die Gesellschaft beobachten? Kann man in Formen einer „redescription“⁴ alles, was gilt, als zeitbedingt und als kontingent hinstellen und gerade daraus eine eigene Beschreibung der heutigen Gesellschaft gewinnen? Gegeben die Dominanz von Pathosworten wie Kultur, Ethik, Werte, Wachstum, Kritik in der heutigen intellektuellen Diskussion mag man Zweifel haben. Aber warum sollte es nicht möglich sein – wenigstens in Europa?

1 Ich selbst glaube, gute Argumente für die These einer einzigen Weltgesellschaft zu haben; aber überzeugen können diese Argumente nur im Kontext einer bestimmten Gesellschaftstheorie. Siehe Niklas Luhmann, The

World Society as a Social System, *International Journal of General Systems* 8 (1992), S. 131-138; Niklas Luhmann / Raffaele De Giorgi, *Teoria della società*, Milano 1992, S. 45 ff.; Niklas Luhmann, *Globalization or World Society: How to Conceive of Modern Society?* Vortrag auf dem Weltkongress für Soziologie, Bielefeld 1994 (im Druck).

2 Siehe Georg Simmel, *Über sociale Differenzierung: Sociologische und psychologische Untersuchungen*, Leipzig 1890; Emile Durkheim, *De la division du travail social*, Paris 1893.

3 Ich denke an Publikationen wie Richard R. Nelson / Sidney G. Winter, *An Evolutionary Theory of Economic Change*, Cambridge Mass. 1982; Ulrich Witt (Hrsg.), *Explaining Process and Change: Approaches to Evolutionary Economics*, Ann Arbor 1992; Richard W. England (Hrsg.), *Evolutionary Concepts in Contemporary Economics*, Ann Arbor 1994.

4 Etwa im Sinne von Mary Hesse, *Models and Analogies in Science*, Notre Dame 1966, S. 157 ff. – aber nicht unbedingt mit so starker Betonung der „metaphorischen“ Qualität solcher redescrptions.